



Ein Student im Pensionsalter liest im Studiensaal der Bibliothek der Universität Luzern. Bild: Christoph Schürpf/Key (11. Mai 2017)

## Mit 65 soll noch lange nicht Schluss sein

Umfrage zeigt: Vier von zehn Schweizern möchten im Pensionsalter weiterarbeiten.

Daniel Zulauf

Die Schweizerinnen und Schweizer arbeiten in der grossen Mehrheit gern. Diese Tatsache wird seit Jahren durch Erhebungen belegt. Für viele ist der Übergang in die Rente eine schwere Zäsur. Eine neue, repräsentative Umfrage des Beratungsunternehmens Deloitte zeigt nun, dass vier von zehn Erwerbspersonen auch über das Pensionsalter hinaus gerne berufstätig bleiben würden. Befragt wurden 1000 Personen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren. 35 Prozent von ihnen wünschen sich eine Fortsetzung des Arbeitslebens in einem Teilzeitmodell. 5 Prozent möchten sogar vollzeitlich weitermachen.

Ob man diese Zahlen eher als hoch oder als niedrig bewerten will, ist eine Frage des subjektiven Ermessens. Wirklich überraschend sind sie nicht. Fakt ist, dass rund 45 Prozent der erwerbstätigen Personen in der täglichen Arbeit physischen Risiken wie dem Tragen schwerer Lasten, starkem Lärm oder giftigen Substanzen ausgesetzt sind. Das zeigen die regelmässigen Untersuchungen des Bundesamtes für Statistik. Obschon es auch in dieser Gruppe viele

Menschen gibt, die ihren Beruf gerne ausüben, ist zu vermuten, dass eine Mehrheit lieber etwas früher als später in Rente gehen würde.

Dieser Umstand ist bedeutungsvoll, wenn man die Konklusionen betrachtet, die Deloitte aus der Umfrage zieht. Die Studie rechnet hoch, dass eine vollumfängliche Nutzung des Potenzials, das durch die ordentliche Pensionierung verloren geht, ein zusätzliches Heer von 578 000 Arbeitskräften hergeben würde. Fast exakt so viele zusätzliche Berufsleute werde der Arbeitsmarkt im Jahr 2030 maximal benötigen, damit die in diesem Zeitraum entstehende demografisch bedingte Lücke geschlossen werden könne, stellte die UBS unlängst in ihren eigenen Berechnungen fest.

### Wenig Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung

Doch die Realität sieht anders aus. Die aktuellen Arbeitsmarktstatistiken zeigen, dass derzeit nur 23 Prozent der 65- bis 69-jährigen noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Arbeitswillig wären gemäss Deloitte aber 40 Prozent. Und mehr noch: Von angehenden Rentnern, die den Wunsch zur Weiter-

arbeit hätten, glauben nur 30 Prozent, dass sie die Chance dazu erhalten werden. Optimistisch sind diesbezüglich also nur zwölf von hundert Personen.

Deloitte führt diese Diskrepanz auf das gesetzlich verankerte Rentenalter zurück. Das ordentliche Pensionierungsdatum führe dazu, dass der Rückzug aus dem Arbeitsleben ein Automatismus werde. Festgestellt wird auch, dass angehenden Rentnern im Arbeitsmarkt oft keine Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung geboten würden.

In dem Studienergebnis sieht Deloitte Handlungsbefehle. Gefordert seien einerseits die Unternehmen, die bei der Planung ihres Arbeitskräftebedarfs die älteren Semester stärker einbeziehen sollten. Aber auch die Politik sei in der Pflicht, die Fortführung der Berufstätigkeit mit finanziellen Anreizen (steuerliche Entlastung, Erhöhung des Freibetrags in der AHV) zu fördern. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind zwar einleuchtend und sofort plausibel. Doch sie unterschlagen die erwähnte Tatsache, dass viele Arbeitnehmende aus Belastungsgründen gar nicht über das Rentenalter hinaus berufstätig bleiben können.

## Der Fernseher flirtet mit der Kaffeemaschine

Die neue Box von Swisscom soll mehr sein als bloss ein Gerät zum Fernsehen und Surfen.

Ein Ruf soll künftig durch möglichst viele Schweizer Haushaltungen schallen: «Hey, Swisscom!» Damit wird das Mikrofon der neuen Box aktiviert, die auf Sprachuruf die Geräte im Haushalt steuert. Es wird einerlei sein, ob damit die gewünschte TV-Serie auf den Flachbildschirm befohlen, die Beleuchtung im Wohnzimmer gedimmt, die Videoüberwachung im Garten aktiviert oder die Kaffeemaschine in der Küche zum Aufwärmen geschickt wird.

Sprachgesteuert soll dies alles über die Swisscom-Box möglich sein. Oder in der Sprache des Telekomunternehmens: Smart-Entertainment verbindet sich mit Smart-Home. Smart ist ein schillernder Begriff der technologischen Entwicklung. Smarte Anwendungen signalisieren dem Nutzer, dass sie ihn im Alltag von Routinen entlasten. Die dazugehörigen Produkte haben den Ruf, klein, pfiffig und effizient zu sein. Smart eben.

### Die Karriere eines altdeutschen Worts

Das Eigenschaftswort smart hat eine altdeutsche Wurzel. «Smarta» hiess so viel wie «schmerzend». Daraus wurde das altenglische «smeard», was zunächst «schneidend» bedeutete. Allmählich bildete sich eine positive Bedeutung heraus. Das neuere «smart» meinte dann ganz britisch «schlagfertig» und «gewitzt». Nach dieser inhaltlichen Umwandlung fand das Wort wieder Eingang in die deutsche Sprache. Seit den 1950er-Jahren ist es cool, smart zu sein. Seit den 1990er-Jahren schliesslich ist es eine Eigenschaft, die nicht nur Personen zugeschrieben werden kann, auch Dinge dürfen smart ein. Das Smartphone, das telefonierende, fotografierende und kommunizierende Multifunktionsgerät, ist die maximale Verdichtung aller Attribute.

Die Begriffsreise führt weiter. Ganze Städte sollen zu Smart-Cities mutieren. Dies bedeutet, dass durch Big-Data-Anwendungen die Infrastrukturen optimal aufeinander abgestimmt werden. Damit schwingt bei smart auch noch der Gedanke der umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Nachhaltigkeit mit. Smart-Home ist die Smart-City der eigenen vier Wände.

Die Swisscom hat seit einiger Zeit eine Smart-Home-App im Angebot, mit der sich einzelne elektronische Geräte



Futuristisch: So sieht die neue Box der Swisscom aus. Bild: PD

im Haushalt vom Smartphone aus steuern lassen. Der Nutzen mag jedoch nicht so recht einleuchten. Mit der Verschmelzung des Nützlichen mit dem Angenehmen des TV-Entertainments ergeben sich nun aber neue Geschäftsfelder und vor allem eine ideale Zielgruppe: Die Marketingexperten des Detailhandels haben den Smart-Shopper entdeckt. Anders als der Schnäppchenjäger, der auf den billigen Gelegenheitskauf aus ist, verhält sich diese Spezies nicht nur stark konsumorientiert, sondern sie ist auch bestens informiert, qualitätsbewusst sowie zahlungsbereit.

Urs Schächli, Konzernchef der Swisscom, hat die Innovation gestern an einer Medienorientierung vorgestellt. Es sei der ideale Zeitpunkt, meinte er; im Winter habe man Zeit, sich mit den neuen Swisscom-Gerätschaften zu beschäftigen. Die sprachgesteuerte Box wird jedoch sanft promotet. Nicht nur die reine Sprachsteuerung ist neu, auch die Verbindung von Anwendungen, die bisher nicht verbunden waren. Skepsis ist erwartet; was geschieht mit den Daten? Wer kann mithören? Deshalb die ausdrückliche Beschwichtigung: Die Box habe einen Schalter, der nicht nur softwaremässig das Mikrofon ausschaltet, sondern den Stromkreislauf unterbricht. Doch für Schächli ist klar, dass kommen wird, was sich anbahnt. Auch wenn die Box noch nicht ganz ausgereift ist. Sie versteht zwar deutsche Standardsprache, Französisch, Italienisch und Englisch. Schweizerdeutsch versteht sie erst in einer Betaversion.

Christian Mensch

## Swiss: Speisefett-Kerosin fürs Klima

Die Fluggesellschaft gibt ihren Kunden neu die Möglichkeit, die für sich benötigte Menge aus nachhaltigem Treibstoff einzukaufen.

**Klimaschutz** Passagiere der Fluggesellschaft Swiss können künftig im Buchungsprozess die Klimafolgen ihrer Flüge auch via den Kauf alternativer Treibstoffe finanziell ausgleichen. Über die Plattform «Compensaid» wird dem Fluggast angeboten, die für ihn benötigte Kerosinmenge aus nachhaltigen Rohstoffen einzukaufen.

Dafür integriert die Swiss das «Compensaid»-Angebot der Muttergesellschaft Lufthansa in ihr Buchungsportal. Die Plattform habe ihre Testphase erfolgreich absolviert und stehe ab sofort zur Verfügung, erklärte Swiss am Donnerstag. «Der Einsatz von synthetischem Treibstoff ist eine der viel-

versprechendsten Optionen, um langfristig klimaneutral zu fliegen», wird Swiss-Chef Thomas Klühr in der Mitteilung zitiert. Eine industrieweite Nutzung des sogenannten Sustainable Aviation Fuel (SAF) scheitere bislang aber an der verfügbaren Menge und den hohen Kosten.

Der Lufthansa-Konzern bezieht den Treibstoff nach eigenen Angaben vom finnischen Hersteller Neste Oil. Das nachhaltige Kerosin wird aus alten Speisefetten hergestellt. Das alternative Kerosin ist demnach derzeit rund viermal so teuer wie fossiler Treibstoff.

Die Höhe des Kompensationsbetrags ist unter anderem abhängig von

der Entfernung und der Passagierklasse. Bei einem Economy-Flug von Zürich nach London würde das beim Einsatz von alternativem Treibstoff aktuell einen Aufpreis von rund 48 Franken ergeben.

Bei der Kompensation über Klimaschutzprojekte, bei denen die gepflanzten Bäume in einem Zeitraum von 20 Jahren die angegebene CO<sub>2</sub>-Menge von 90 Kilogramm binden sollen, fallen 2.30 Franken an. Dabei können die Passagiere frei wählen, ob und in welchem Verhältnis sie die beiden Möglichkeiten kombinieren wollen. (sda)

York Runne

ANZEIGE

**Bundesrat, Parlament, bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände lehnen die Mieterverbandsinitiative ab.**

Massive staatliche Eingriffe – wie Quoten und Vorkaufsrechte – sind Gift für den Wohnungsmarkt!

- Sie erschweren Bewilligungsprozesse, führen zu Planungsunsicherheit und hemmen die Bautätigkeit.
- Das Wohnungsangebot wird kleiner und die Mieten steigen!

**NEIN zur Verstaatlichung des Wohnungsmarkts**

**NEIN** zur Mieterverbandsinitiative  
9. Februar 2020 [mieterverbandsinitiative-nein.ch](http://mieterverbandsinitiative-nein.ch)

## Kantonsspital führt ÖV-Abo wieder ein

**Luzern** Vor einem Jahr strich das Luzerner Kantonsspital (Luks) seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Job-Abo. Das Brisante daran: Die Schaffung des neu gebauten Parkhauses am Kantonsspital war von der Stadt Luzern nur unter der Auflage erlaubt worden, dass den Angestellten solche Job-Abos bezahlt werden. Im Februar 2019 nahm das Luks Stellung und schrieb, dass das Job-Abo aus finanziellen Gründen lediglich für ein Jahr stisiert worden sei.

Tatsächlich wird nun das Abo ab dem 1. Januar 2020 wieder eingeführt. Wie das Luks mitteilt, beteiligt es sich mit bis zu 400 Franken jährlich daran. Die Höhe des ausgerichteten Beitrags sei abhängig vom Arbeitspensum.

Denjenigen Mitarbeitenden, die Anrecht auf eine Parkbewilligung haben, soll so gezielt ein Anreiz für den Umstieg auf den ÖV geboten werden. «Sie können vom Angebot profitieren», sagt Florentin Eiholzer, Leiter Betrieb und Infrastruktur. Ausgenommen vom Angebot sind indes Mitarbeitende, die innerhalb des sogenannten Sperrkreises wohnen. Sie erhalten kein Job-Abo, da sie bereits heute nicht mit dem Auto anreisen sollten. Der erwähnte Sperrkreis umfasst aktuell 20 Gemeinden rund um Luzern und sei zur Entlastung der Verkehrssituation rund um das Spitalareal eingeführt worden.

## Neue Veloparkplätze und Buslinie 30

Nebst der Bildung eines Sperrkreises und der Einführung des Job-Abos habe das Luks auch in seine Infrastruktur investiert. So wurden eine neue Fussgänger-Passerelle, ein neuer Express-Lift und zwei grössere Bushaltestellen erstellt sowie ein Nachtaxi-Service eingerichtet. «Dank dieser Massnahmen konnte in den letzten Jahren am Standort Luzern der Anteil des öffentlichen Verkehrs im Modalsplit deutlich gesteigert werden», so das Luks in der Mitteilung: Innert fünf Jahren sei der Anteil jener, die mit dem Auto zur Arbeit kommen, von rund 48 auf 32 Prozent gesunken. (zfo)

## SP gegen Job-Auslagerung

**Vorstoss** SP-Kantonsrat Urban Sager (Stadt Luzern) fordert die Regierung dazu auf, die Reinigung der Regierungsgebäude nicht auszulagern. Er hat dazu ein dringliches Postulat eingereicht. Der Kanton Luzern solle ein guter und sicherer Arbeitgeber sein, heisst es in einer Mitteilung der Partei. Es sei problematisch, «wenn der Kanton durch eine Auslagerung der Reinigung schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf nimmt, nur um die Kosten zu senken».

Sager weist darauf hin, dass es sich um historische Gebäude handelt. Bei den Reinigungsarbeiten sei zudem Sorgfalt im Umgang mit sensiblen Daten walten zu lassen. (cgl)

# Ein Problem akzentuiert sich

Die Zentralschweiz gehört zu den Regionen mit dem grössten Fachkräftemangel. Gefragt sind «normale» Berufsleute.

Alexander von Däniken

Seit drei Jahren führt der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) unter seinen Mitgliedern eine Umfrage durch. Das KMU-Barometer hat dabei stets bei einem Begriff am heftigsten ausgeschlagen: Fachkräftemangel. Grund genug für den Verband, in diesem Jahr einen besonderen Fokus auf das Sorgenkind Nummer 1 zu legen.

Dabei hat der KGL nicht nur seine Mitglieder befragt, sondern erstmals bei der Hochschule Luzern auch eine Studie zum Thema in Auftrag gegeben. Die Resultate wurden gestern bei der Unternehmer-Impulsveranstaltung «Luzern 20» in der Messe Luzern präsentiert (siehe Box) – und bergen die eine oder andere Überraschung.

## Informatiker am meisten nachgefragt

Der Fachkräftemangel ist gemäss der Hochschulstudie nur noch im Kanton Graubünden ausgeprägter als in der Zentralschweiz (ohne Zug). Gleichauf liegt die Wirtschaftsregion Zürich-Zug (siehe Grafik). Die Hochschule orientierte sich bei der Definition an den vier Indikatoren des Bundes: Deckungsgrad (Verhältnis aktuell besetzte Stellen eines Berufes und entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte), Zuwanderung (Anteil der in den letzten zehn Jahren zugewanderten Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Beschäftigten im entsprechenden Beruf), Arbeitslosenquote und Quote der aktuell offenen Stellen.

Ein Verdacht auf Fachkräftemangel besteht, wenn mindestens zwei der vier Indikatoren einen Mangel anzeigen. Die Bewertung lässt auch Rückschlüsse auf die Branchen zu. Der Bereich Informatik und Kommunikation, wozu auch die IT zählt, hat in der Zentralschweiz den grössten Fachkräftemangel. Für den Kanton Luzern besonders problematisch sind auch das Baugewerbe und das verarbeitende Gewerbe.

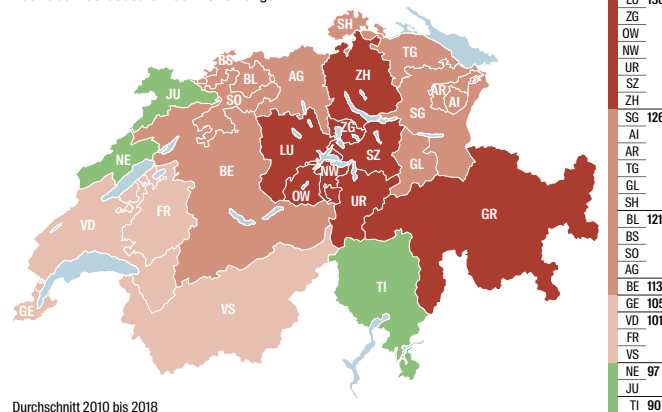
Die Hochschulstudie und die vertiefte Befragung des KGL ergänzen sich, indem 72 Prozent der 408 beantwortenden Unternehmen angaben, persönlich vom Fachkräftemangel betroffen zu sein. Besonders akut ist er mit 83 Prozent bei Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern. Dabei fehlen nicht etwa Manager oder Spezialisten, sondern Berufsleute mit regulärem Lehrabschluss, also eidgenössischem Fähigkeitszeugnis. Das haben fast drei Viertel der Firmen an.

Nun inserieren die Firmen zwar fleissig, aber in 45 Prozent der Fälle sind die Bewerber zu wenig qualifiziert oder bringen nicht die nötige Erfahrung mit. In 19 Prozent der Fälle landen keine Bewerbungen im Postfach. In 34 Prozent der Fälle haben die Unternehmen schon beide Erfahrungen gemacht.

Dass in erster Linie zu wenig Fachleute ausgebildet werden, glaubt nur ein Fünftel der befragten Firmen. Vielmehr sind sie der Meinung, dass die Fach-

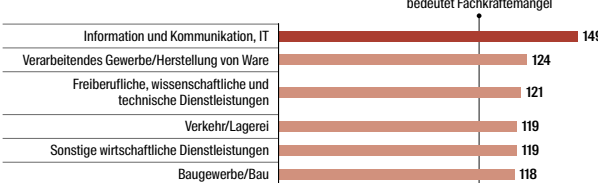
## Fachkräftemangel in der Schweiz

Index über 100 bedeutet Fachkräftemangel



Durchschnitt 2010 bis 2018

## Nach Branche in der Zentralschweiz



Quelle: Studie der Hochschule Luzern/Umfrage des Gewerbeverbandes Kanton Luzern

## Nach gesuchtem Abschluss im Kanton Luzern (Umfrage)

Mehrfachnennungen möglich

Mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) **73%**

Mit zusätzlichem Abschluss, Kaderleute **37%**

Mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) **14%**

Keine Antwort **14%**

## Nach Auswirkung im Kanton Luzern (Umfrage)

Bewerbungen ohne nötige Qualifikation/ Erfahrung **45%**

Keine Bewerbungen **19%**

Beides **37%**

Keine Antwort **2%**

Grafik: Oliver Marx

«Vor allem Kleinbetriebe bekunden Mühe, ihren Fachkräften berufliche Perspektiven zu bieten.»



Gaudenz Zemp  
Direktor Gewerbeverband

leute nicht im Beruf gehalten werden können. Das hat laut KGL-Direktor Gaudenz Zemp vor allem zwei mögliche Ursachen: «Einerseits ist es ein gesellschaftliches Phänomen, dass man heute nicht mehr von der Lehre bis zur Pensionierung im gleichen Beruf bleibt. Andererseits bekunden vor allem Kleinbetriebe Mühe, ihren Fachkräften berufliche Perspektiven und entsprechende Lohn-erhöhungen zu bieten.»

## Werkzeugkasten mit Massnahmensammlung

Die Erkenntnisse aus der Studie und der Umfrage will der KGL nicht für sich behalten. Er hat einen «Werkzeugkasten» erstellt, eine Übersicht an Massnahmen von Bund, Kantonen und Organisationen. Darin

# KMU sind oft Mini-Firmen

**Gewerbeverband** Es ist nicht übertrieben, beim alljährlichen KMU-Barometer des Luzerner Gewerbeverbandes von einem Sorgenbarometer zu sprechen. Schliesslich geben die Unternehmen jedes Jahr an, welche Sorgen sie für das kommende Jahr übertreiben; zum Beispiel der Fachkräftemangel (siehe Haupttext). Gestern Abend präsentierte der Verband den rund 300 Gästen aus Wirtschaft und Politik im Forum der Messe Luzern die aktuellsten Ergebnisse. Verbandsdirektor Gaudenz Zemp stellte gleich zu Beginn

klar, dass der Begriff KMU für das Luzerner Gewerbe irreführend ist: Durchschnittlich verfügt ein Unternehmen nämlich «nur» über sechs Mitarbeiter.

## Finanzdirektor verteidigt umstrittene Reform

Nach der Präsentation der Umfrage nahm Finanzdirektor Reto Wyss (CVP) auf dem «heissen Stuhl» Platz. Der Regierungsrat musste sich zugleich zu den schlechteren Budgets vieler Gemeinden wegen der Aufgaben- und Finanzreform äussern: «Ich gehe davon aus, dass die Ge-

meinden auch dieses Mal besser abschliessen werden, als sie budgetiert haben.» Die Gemeinden «werden ihre Steuerfüsse halten können».

Was den Fachkräftemangel betrifft, verwies der Finanzdirektor auf die gewollte, tiefe Gymnasialquote. Zwar sind dieses Jahr 20,8 Prozent der Sechstklässler in ein Langzeitgymnasium gewechselt, das sei aber vor allem auf drei Gemeinden zurückzuführen: die Stadt Luzern, Eich und Schenkon. «Abgesehen davon ist die Entwicklung stabil», sagte Wyss. (avd)

kommen zum Beispiel Massnahmen für Arbeitnehmer ab 50 Jahren vor, aber auch Brückenangebote für Schulabgänger.

«Das Ziel ist, dass sich schweizweit alle Stellen vom Werkzeugkasten bedienen und ihre Erfahrungen einfließen lassen», sagt Gaudenz Zemp. Der KGL selbst will sich dabei an einem neuen von der Hochschule entwickelten Modell zur Fachkräftesicherung orientieren. Kürzlich hat er seine Berufs- und Branchenverbände über den Bericht der Hochschule orientiert. Die Verbände sollen nun bis Weihnachten jeweils drei Massnahmen melden, die seitens Berufs- und Branchenverband, Unternehmen und KGL prioritär umgesetzt werden sollen.

Die definitiven Massnahmen werden an der Konferenz

der Präsidenten der Branchen- und Berufsverbände vom nächsten Februar definitiv verabschiedet. Als vorläufiges Fazit sagt Zemp, der Fachkräftemangel habe sich in den letzten Jahren akzentuiert. «Darum müssen die Anstrengungen nochmals intensiviert werden. Dabei ist nun ein möglichst koordiniertes und fokussiertes Vorgehen angezeigt.» Das können Massnahmen sein, um zusätzliche Fachkräfte zu rekrutieren, «aber auch um sie in den Betrieben zu halten oder den Bedarf an Fachkräften zu reduzieren».

Der Fachkräftemangel als grösste Sorge der Luzerner Unternehmen spiegelt sich auch im regulären KMU-Barometer des KGL wider. Gaben die Firmenverantwortlichen für das Jahr 2017 noch zu 51 Prozent an,

die Suche nach qualifizierten Mitarbeitern werde schwieriger, sind es für 2020 schon 64 Prozent.

Skeptischer sind die Firmen auch bei der Frage, wie sich die allgemeine Wirtschaftslage im Kanton Luzern entwickeln wird, nämlich nur noch knapp positiv. Für das eigene Unternehmen malen die Firmenchefs dann nicht so schwarz: Zwar ging auch bei der eigenen Auftragslage der Wert zurück, er liegt jedoch wesentlich höher als jener der allgemeinen Wirtschaftslage. Das gilt auch bei der Zahl der Beschäftigten, wo für 2020 ein leichter Anstieg prognostiziert wird. Bleibt zu hoffen, dass auch Fachkräfte darunter sind.

**Hinweis**  
Kommentar auf Seite 5